

Jens Warburg*

Von geopolitischen Umbrüchen und den Determinanten deutscher militarisierter Außenpolitik

Zusammenfassung: Wie ist es um die US-Hegemonie in der Welt bestellt? Wie ist es möglich, dass in den aktuellen Krisen und Kriegen so viele Akteure über den Verlauf der Ereignisse entscheiden? Diese Fragen werden in dem Aufsatz behandelt. Dabei wird in einer Rückschau auf die vergangenen 30 Jahren die geopolitische Positionierung Deutschlands untersucht. Herausgearbeitet wird, dass die Bundeswehr zu einem außenpolitischen Instrument wurde. Gegenwärtig wird in den Medien und von unterschiedlichen politischen Akteuren für mehr außenpolitische Einflussnahme der Bundesrepublik, und das heißt, für mehr militärisches Engagement geworben. In diesem Zusammenhang wird die These vertreten, dass eine deutsche (militarisierte) Außenpolitik keinesfalls in die Fußstapfen der US-Außenpolitik treten sollte, wenn sie Menschenrechte, Demokratie und Frieden stärken will.

Schlagwörter: Geopolitik, Militär, USA, Deutschland, Europa, Bundeswehr

Of geopolitical upheavals and the determinants of German militarized foreign policy

Abstract: What is the state of US hegemony in the world? How is it possible that in the current crises and wars so many actors decide on the course of events? These questions are addressed in this essay. It examines Germany's geopolitical position over the past 30 years. The essay shows that the Bundeswehr has become an instrument of foreign policy. At present, the media and politics are campaigning for more influence of the Federal Republic in foreign policy and that means more military engagement. In this context, the thesis is advanced that a German (militarized) foreign policy should by no means follow in the footsteps of U.S. foreign policy if it is to strengthen human rights, democracy, and peace.

Keywords: Geopolitics, military, USA, Germany, Europe, Bundeswehr

* Jens Warburg ist Sozialwissenschaftler und Supervisor.

Früher war alles anders. Nicht unbedingt besser oder schlechter, eben anders. Anders kann meinen, die Welt war einfacher. Früher konnten die BeobachterInnen des Weltgeschehens darauf setzen, dass zwei Akteure, die Supermächte, über den Verlauf eines Konfliktes in der Welt entscheiden. Bis Anfang der 1990er-Jahre war die Blockkonfrontation zwischen den USA und der Sowjetunion die bevorzugte Sichtweise auf das Konfliktgeschehen in der Welt. Diese Sichtweise war zumindest in den jeweiligen Blöcken dominant.

Mit der Auflösung der Sowjetunion blieben als dominante Großmacht die USA übrig. Das Ergebnis war leider kein Plus an Frieden. In einigen Staaten gab es zwar hoffnungsvolle Zeichen, beispielsweise wurde in Südafrika die Apartheid beendet. Der Regelfall war, dass es zu Umbrüchen der staatlichen Ordnungen kam, die mit Gewalttätigkeiten einhergingen. Einige Staaten lösten sich auf und an ihre Stelle traten mehrere neue staatliche Gebilde. Die Vereinigung zweier Staaten war eine Ausnahme.

Die USA sahen sich als konkurrenzlose Weltmacht. Ihre Vorstellungen würden von nun an die Welt prägen und über die Zukunft entscheiden. Und sie könnten dafür sorgen, dass »Störenfriede« gemaßregelt werden. Deshalb konnte US-Präsident Bush sen. erklären, man sehe den Anbruch einer »neuen Ära, die freier von Terrordrohungen, stärker bei der Durchsetzung von Gerechtigkeit und sicherer im Bemühen um Frieden« sein würde (zit. in *The Dallas Morning News* 2017, Übers.: J.W.). Vor dem Hintergrund des bevorstehenden Angriffs von US-Truppen und ihrer Verbündeten auf die irakische Armee formulierte er explizit den Anspruch, die USA hätten eine Führungsrolle innerhalb dieser Weltordnung: »Die neueren Ereignisse haben zweifellos gezeigt, dass es keinen Ersatz für die amerikanische Führungsrolle gibt. Angesichts der Tyrannei sollte niemand an Amerikas Glaubwürdigkeit und Verlässlichkeit zweifeln. Niemand sollte an unserem Durchhaltevermögen zweifeln. Wir werden an der Seite unserer Freunde stehen« (ebd.). Dreißig Jahre später wird niemand mehr in der Region die USA an dieser Aussage messen wollen.

Was ist inzwischen geschehen? Bleiben wir in der Region und werfen wir einen Blick in die jüngere Vergangenheit.

Ende des Jahres 2018 kündigte die US-Administration erstmals an, ihre Truppen aus Syrien zurückzuziehen. Die US-Streitkräfte waren im Zuge der Kämpfe gegen den Islamischen Staat (IS) 2015 vom Irak aus in Syrien eingedrungen und unterstützten vor allem kurdische Milizen in Gefechten gegen den IS. Obwohl das syrische Regime keine Kontrolle über die von den Milizen eroberten Gebiete hatte, bedeuteten deren Kampf und das US-Engagement eine Entlastung für die Verbände des syrischen Regimes im seit 2011 tobenden Bürgerkrieg. Anfang 2019 verringerten die USA ihre militärische Präsenz in Syrien. Da der Truppenabzug in den USA und von Seiten ihrer Ver-

bündeten heftig kritisiert wurde, schien es lange so, als würde er doch nicht im vollen Umfang stattfinden. Dies änderte sich plötzlich im Oktober 2019. Nach einem Telefonat der Präsidenten Trump und Erdoğan befahl Trump den Truppen, sich aus Nordsyrien zurückzuziehen und die Stationierungsorte fast vollständig in den Irak zu verlegen (nbcnews 2019). Die Entscheidung des US-Präsidenten machte den Weg frei für den Einmarsch türkischer Streitkräfte, unter deren Kommando auch sunnitisch syrische Milizen kämpften. Sie beabsichtigten, einen großen Grenzstreifen zu erobern, um die von syrischen Kurden dominierten politischen Strukturen des Demokratischen Rates Syriens (DRS) zu zerschlagen. Von ihren bisherigen Verbündeten USA alleine gelassen, konnten die Kampfverbände des DRS die Angreifer nicht aufhalten und in dieser Situation gewährten sie dem Assad-Regime unterstehenden Truppen Zugang zu ihrem Gebiet. Es kam zu Kämpfen zwischen türkischen Streitkräften, Assad-loyalen Verbänden (zu denen iranische Truppen und auch russische Verbände gehören) und den Truppen des DRS. Seit dem 17. Oktober 2019 gibt es einen Waffenstillstand zwischen den Kriegsbeteiligten. Die Kriegsakteure verloren das Interesse an einer Fortsetzung der Kämpfe, weil zunehmend die Gefahr bestand, dass es zu größeren Konfrontationen zwischen den türkischen Streitkräften und ihren Verbündeten auf der einen Seite und der syrischen Armee und ihren russischen und iranischen Verbündeten auf der anderen Seite käme. Auch drohten die USA der Türkei mit Wirtschaftssanktionen, falls diese ihre Offensive fortsetzen würde. Als Folge der Kämpfe kann man festhalten, dass die Türkei Teile Nordsyriens besetzt hält und die politischen Kräfte in Nordsyrien, die eine Teilautonomie der Region vom syrischen Staat anstreben, nachhaltig geschwächt wurden. Der syrische Staat kontrolliert ebenfalls unmittelbar große Teile des Nordens. Der Iran und Russland haben vom (Teil-)Abzug der US-Truppen profitiert, weil sie mit ihrem Verbündeten, dem Assad-Regime, an Einfluss in der Region gewonnen haben. Die USA, aber indirekt auch ihre Verbündeten, vor allem ihre europäischen, haben an konkreten Machtoptionen sowie an Ansehen drastisch verloren.

Diejenigen, denen die Ereignisse im Oktober 2019 verwirrend erscheinen, sind vermutlich nicht in der Minderheit. Wie kam es dazu, dass es im gegenwärtigen Kriegsgeschehen eine derartige Vielzahl von Akteuren gibt? Erstens ist zu fragen, wie es inzwischen um die US-Hegemonie bestellt ist. Zweitens werden die geopolitischen Umbrüche sowie die überregional bedeutsamen Akteure und einige aktuelle Kriege und Krisen beleuchtet. Einer dieser überregionalen Akteure ist im Bündnis mit anderen europäischen Staaten die Bundesrepublik Deutschland. Drittens wird daher in der Rückschau auf die vergangenen 30 Jahre die geopolitische Positionierung Deutschlands unter-

sucht und dabei herausgearbeitet, dass die Außenpolitik der Bundesrepublik durch die jeweiligen Bundesregierungen militarisiert wurde. Militarisiert heißt hier, dass die Bundeswehr zu einem außenpolitischen Instrument wurde, mit dem die Machtposition des deutschen Staates gegenüber den Bündnisstaaten verbessert werden soll, um eigene Interessen stärker akzentuieren zu können. Viertens ist dem Verhältnis von Bundesrepublik und EU nachzugehen. Abschließend geht es um die Folgerungen, die daraus zu ziehen sind, wenn unter dem Label *Verantwortung Deutschlands* für den Frieden in der Welt für eine weitere Militarisierung der Außenpolitik geworben wird, auch mit Hinweisen auf die Vereinigung der beiden deutschen Staaten und den Rückzug der USA aus vielen Regionen.

Was wurde aus der US-Hegemonie?

Dass heute so viele Akteure in einem Krieg auftreten, in dem die USA nicht klar dominieren, liegt sicher nicht daran, dass diese keine bedeutende Militärmacht mehr wären. Im Gegenteil: Die USA sind bis heute unangefochten die größte Militärmacht der Welt. Ihre Militärausgaben für 2019 werden von SIPRI mit 735 Mrd. US-Dollar angegeben und sind damit im Vergleich zu denen aller anderen Staaten exorbitant hoch. Sie übertreffen beispielsweise diejenigen von China, das die zweithöchsten Militärausgaben aufweist, um mehr als das 2,7-fache. Russland gibt nach Schätzung von SIPRI im Verhältnis zu den USA weniger als ein Zehntel für sein Militär aus. Allein die NATO-Staaten Frankreich, Deutschland und Großbritannien (sie nehmen die Ränge sechs bis acht ein) haben zusammen einen fast doppelt so hohen Militäretat wie Russland (SIPRI 2020: 10).

Es lag auch kein Mangel an militärischer Stärke vor, als es den USA bereits in den 1990er-Jahren nicht gelang, ihre Vorstellungen einer neuen Weltordnung durchzusetzen. Militärisch konnten die irakischen Truppen 1991 aus Kuwait vertrieben werden, aber in der damaligen US-Administration setzten sich die Kräfte durch, die sich davor scheuten, das Saddam-Regime durch eine Eroberung des Irak zu stürzen, denn damit hätten die USA die Verantwortung für eine Nachkriegsordnung des Irak übernehmen müssen, was sie nicht auf sich nehmen wollten.

Ähnliches lässt sich auch bei der nächsten großen US-Militärintervention beobachten. In diesem Fall bot Bush sen. 1992 den UN an, dass US-Streitkräfte im Rahmen eines multinationalen Truppenverbandes, zu dem auch die Bundeswehr gehörte, in Somalia intervenieren würden, um dort die Kampfhandlungen verschiedener somalischer Gruppierungen zu beenden und anschließend eine neue staatliche Ordnung herzustellen. Obwohl die USA den

größten Teil der Truppe stellten und die Streitkräfte unter dem Kommando von US-Offizieren standen, konnte keines der genannten Ziele umgesetzt werden. Die Interventionstruppen wurden stattdessen wiederholt in heftige Kämpfe mit einheimischen Milizen verwickelt. Nachdem 1993 an einem Tag 18 US-Soldaten in Mogadischu getötet worden waren, zogen sich die US-Streitkräfte aus Somalia zurück. Damals wurde der Rückzug mit einer vermeintlich postheroischen Einstellung in den westlichen Gesellschaften begründet.¹ Die späteren Kriegseinsätze in Afghanistan (ab 2001) und im Irak (ab 2003), in deren Verlauf zehntausende GIs schwer verletzt wurden und tausende von ihnen starben, zeigen jedoch, dass die Militäreinsätze vor allem daran scheiterten, dass die jeweiligen US-Administrationen sich nicht in der Lage sahen, die örtlichen Verhältnisse zum Beispiel durch wirtschaftliche Transferleistungen zu verbessern. Um die hehren proklamierten Ziele zu erreichen, setzten die USA weder entsprechende ökonomische noch kulturelle Ressourcen ein. Auch gelang es ihnen nicht, verbündete Staaten dazu zu bewegen, entsprechende Ressourcen bereitzustellen. Zwar beteiligten sich einige davon an den Interventionen in Afghanistan und im Irak, aber stets wurden eher militärische Ressourcen zur Verfügung gestellt, als weitere Mittel, um die zivile Gesellschaft zu unterstützen. Die Erwartung der US-Administration von 2003, dass der Irak seinen Wiederaufbau mit Unterstützung der US-Verbündeten selber finanzieren könnte, erwies sich als Illusion (Mann 2004: 300). In diesem Zusammenhang stellte sich auch stets die Frage, inwieweit durch die militärische Präsenz dauerhafte direkte Herrschaft ausgeübt werden sollte. Sowohl im Irak als auch in Afghanistan wurde versucht, die Staaten durch Bündnisse mit den vorgefundenen Eliten indirekt neu zu formieren. Nur für eine kurze Zeit regierten US-Bürokraten aus dem Verteidigungs- und Außenministerium den Irak (April 2003 bis Juni 2004). Schon damals (2004) fragte sich der Journalist John Tierney, »wieso Neokonservative und andere Konservative, die ihrer Regierung normalerweise nicht einmal zutrauen, eine gewöhnliche Schule zu betreiben, glauben, Bürokraten der amerikanischen Regierung könnten in der Lage sein, einen ganzen Staat mit der fremden Kultur der Mittleren Ostens umzumodeln« (zit. nach Polk 2009: 290). Und tatsächlich sollten insbesondere die Entscheidungen des zweiten Verwalters Paul Bremer wesentlich zur späteren Gewalteskalation im Irak beitragen. Der andere Weg, territoriale Gebiete jenseits der eigenen Staatsgrenzen faktisch dauerhaft als Kolonien zu kontrollieren, wurde nicht

1 Die Rede von den postheroischen Gesellschaften kam mit Edward Luttwak ab den 1990er-Jahren auf (Luttwak 2003). Er behauptete, dass mit der verringerten Geburtenrate in westlichen Industrieländern die Opferbereitschaft in der Bevölkerung abgenommen habe.

begangen. Es ist davon auszugehen, dass in der US-Bevölkerung, aber auch bei den Verbündeten, ein solches Vorhaben auf wenig Zustimmung gestoßen wäre. Obendrein ist sicher, dass die faktische Kolonisierung eines Territoriums für den imperialen Staat enorme Transferkosten bedeutet hätte. Genau diese sollten aber durch die Bündnisse mit den jeweiligen etablierten einheimischen Eliten vermieden werden.

Die militärischen Interventionen in Afghanistan und dem Irak gehen in die zweite Dekade. Die USA sahen sich über Jahre hinweg in Abnutzungskriege verwickelt, die sie militärisch nicht gewinnen konnten. Ihre Bilanzen sind niederschmetternd. Die Niederlage der Koalitionstruppen ist unter anderem daran zu sehen, dass in Afghanistan seit 2001 ununterbrochen Krieg geführt wird, und die amtierende US-Administration sich jüngst gezwungen sah, über die afghanische Regierung hinweg einen Vertrag mit den Taliban zu schließen, der es ihr ermöglichen soll, das Land nicht unter Geschützfeuer verlassen zu müssen. Auch der Irak hat sich nicht zu einem Bündnispartner des Westens entwickelt, vielmehr hat sich eine Regierung etabliert, die eng mit dem Iran kooperiert und den Abzug aller US-Truppen im Land anstrebt.

Geopolitische Umbrüche

So unangefochten die USA als Militärmacht geblieben sind, so wenig eindeutig ist ihre geopolitische Vormachtstellung im Hinblick auf andere Indikatoren. Ein wichtiger Indikator ist, ob ein Staat über atomare Waffen verfügt. Deshalb gilt für Russland einerseits, dass das Land im Verhältnis zu den USA nicht als eine gleichrangige Macht eingestuft werden kann, andererseits ist es aufgrund des atomaren Waffenarsenals, das auch die USA bedrohen kann, zu keinem Zeitpunkt auf das Niveau einer Regionalmacht herabgesunken.²

Es gab Anfang der 1990er-Jahre die Hoffnung, dass der Alptraum des Einsatzes atomarer Waffen aus der Welt geschafft werden könnte. Tatsächlich kann man heute lediglich feststellen, dass die USA und Russland sich derzeit nicht mit atomaren Waffen gegenseitig bedrohen. Das gilt aber nicht für andere Staaten, die miteinander Konflikte haben. In mehreren Regionen stehen sich heute mehr Konfliktparteien mit atomaren Waffen gegenüber als je zuvor, so Pakistan, das seit 1998 über Atomwaffen verfügt, gegenüber der Atommacht Indien. 2006 zündete Nordkorea erstmals eine Atombombe, und im Falle des Irans wird zumindest vermutet, dass das Land versucht, ausrei-

² Deshalb blieb Russland ein wichtiger Vertragspartner im Rahmen von Abrüstungsverhandlungen und der Begrenzung bzw. Ächtung von biologischen, chemischen und atomaren Waffen.

chende Menge waffenfähigen Urans herzustellen, um damit atomare Waffen bauen zu können. Alle genannten Staaten haben nicht nur atomare Waffen gebaut, sondern auch Trägersysteme entwickelt, die diese Waffen weit jenseits ihrer Landesgrenzen zur Detonation bringen können. Allein dies schwächt die Bedeutung der weltweit überlegenen konventionellen Bewaffnung der USA.

Die Welt ist nicht mehr in zwei bipolare Blöcke³ unterteilt, sondern es gibt stattdessen eine Reihe von staatlichen Machtgebilden, die versuchen, das Geschehen in ihrer Region und darüber hinaus zu bestimmen. Als eines dieser überregionalen Machtzentren ist Russland zu nennen. Nachdem sich von der Sowjetunion eine Reihe von Staaten abgespalten haben, bildet Russland heute den größten und mächtigsten Teilstaat der ehemaligen Sowjetunion. Gegenüber den Staaten, die sich in den 1990er-Jahren von der Sowjetunion ablösten, stellt es einen außerordentlichen Machtfaktor dar, der neben der militärischen Macht des Landes auf ökonomischen Verflechtungen und Abhängigkeiten beruht. Einige Staaten wie Georgien, Ukraine und die baltischen Staaten sehen sich permanent von Russland bedroht und die beiden erstgenannten Staaten sehen das Land als eine Kriegspartei an, die separatistische Kräfte in ihrem Land aktiv unterstützt. Spätestens in der zweiten Dekade des 21. Jahrhunderts versucht Russland auch wieder Einfluss auf Geschehnisse zu gewinnen, die weit von seinen Landesgrenzen entfernt stattfinden. Allerdings beruht der gestiegene Einfluss in der Region Syrien, Irak und Türkei wesentlich auf dem Bemühen der USA, sich aus den dortigen militärischen Aktivitäten zurückzuziehen. An ihre Stelle sollen Verbündete wie die NATO-Staaten treten. Konterkariert wird dieses Vorhaben aber durch die Weigerung der Verbündeten, bzw. im Falle der Türkei dadurch, dass das Land einen anderen Verbündeten, den DRS, bekämpft. Gleichzeitig ist die Türkei militärisch zu schwach, um die Truppen des Assad-Regimes und deren Verbündete, also Russland und den Iran, daran zu hindern Territorien zu erobern. Obwohl all dies wohlbekannt war, wurden die US-Truppen zurückgezogen. Trump ermöglichte damit den anderen Akteuren ihre Positionen auszubauen – auf Kosten des einzigen halbwegs zuverlässigen Verbündeten der USA in dieser Region.

Als eine weitere globale Macht ist die Volksrepublik China zu nennen. Sie ist mit ihrem enormen ökonomischen Wachstum der letzten drei Jahrzehnte und seiner Integration in den kapitalistischen Weltmarkt von einer Regionalmacht zu einem führenden Industriestaat und zu einer Militärmacht der Welt

3 Dies war schon vor über 30 Jahren eine Vereinfachung. So schlossen sich eine Reihe von Staaten zu den sogenannten blockfreien Staaten zusammen. Doch auch dieser Staatenbund war von der bipolaren Konfrontation zwischen dem »Osten« und dem »Westen« geprägt.

geworden. Die Volksrepublik verfügt nicht nur über Atomwaffen, sondern sie stellt allein schon durch ihre geografische Größe einen zentralen Machtfaktor in Ostasien, bzw. Südostasien dar. Sie hat gemeinsame Landesgrenzen zu 13 Staaten und grenzt über das Meer nochmals an sieben Staaten. Ab den 1990er-Jahren entwickelte sich China zur »Werkbank der Welt«, vor allem für die westlichen Industriestaaten, weil die Löhne niedrig waren, die Infrastruktur weit entwickelt, und Umweltstandards kaum existent. Inzwischen sind andere Staaten im Südosten Asiens, wie Vietnam, für Investoren interessanter als China geworden (Khanna 2020: 198f.), aber China ist weiterhin als riesiger Absatzmarkt für westliche Unternehmen von Interesse. Zugleich exportiert China nun nicht mehr nur Papier-Schirmchen für Cocktails, sondern hat eine Spitzenposition bei der Entwicklung von zukunftssträchtigen Technologien wie 5G und Künstliche Intelligenz (KI) eingenommen.

China betreibt seit den 2000er-Jahren eine weltweite Investitionspolitik. Mit diesen Investitionen will das Land seine Versorgung mit Rohstoffen absichern und zugleich die Märkte in anderen Staaten für seine Produkte öffnen. Als zentrale Ziele der chinesischen Wirtschaftspolitik gelten seit 2013 die »absolute Kontrolle und Unabhängigkeit vom Ausland.« (Widmann 2020: 19) Mit dieser Wirtschaftspolitik ist China in Konkurrenz zu den westlichen Industriestaaten getreten und scheint sogar US-Konzernen im Bereich Digitale Technologien die Marktführung streitig zu machen. Diese Entwicklungen bilden die Grundlage für die wirtschaftlichen Konflikte mit den USA, die zu einer allgemeinen Konfrontationssituation mit allen westlichen Industriestaaten führen kann. Es zeichnet sich eine weltweit wirkende wirtschaftliche, technologische, und damit verbunden auch politische Spaltung, also eine neue Blockbildung, ab. Die ökonomischen Interessen der einzelnen europäischen Staaten sind durch die drohende Spaltung unmittelbar betroffen. Völlig offen ist, wie sich die europäischen Staaten zu der drohenden Blockbildung verhalten werden. Es ist sogar unklar, ob es eine geschlossene Antwort der EU-Staaten geben wird. Vor diesem Hintergrund haben auch die Gebietsansprüche Chinas im sogenannten Südchinesischen Meer vor allem gegenüber den Anrainerstaaten Philippinen und Vietnam eine enorme Brisanz. Es geht bei diesen Gebietsansprüchen um die Nutzungsrechte für Fischvorkommen, mögliche Energieressourcen und aktuell um die Kontrolle regional wie international wichtiger Schifffahrtswege.

Schauen wir auf das aktuelle Kriegsgeschehen. Nach einem starken Anstieg des Kriegsgeschehens zwischen 1990 und 1993 gibt es seitdem auf der Welt jedes Jahr ungefähr 30 Kriege und Konflikte. Die Arbeitsgemeinschaft Kriegsursachenforschung (AKUF) kommt auf derzeit 27 Kriege bzw. bewaffnet ausgeführte Konflikte (AKUF-Presserklärung 2019).

Die allermeisten Kriege finden innerhalb von Staaten statt.⁴ Wenn andere Staaten als Kriegspartei auftreten, dann überwiegend als Unterstützer eines innerstaatlichen Akteurs. So führt Saudi-Arabien seit 2015 im Jemen eine Militärintervention durch, die von den USA, Frankreich und Großbritannien logistisch unterstützt wird. Truppen aus anderen arabischen Ländern, wie aus Ägypten und aus verschiedenen Golf-Anrainerstaaten beteiligten sich an der Intervention. Die jemenitische Regierung, die von Saudi-Arabien und seinen Verbündeten anerkannt wird, wirft dem Iran vor, die Huthi-Rebellen mit Waffen und Logistik zu unterstützen.

Sofern die Staaten ihre Interventionen nicht schlicht leugnen, legitimieren sie ihre Beteiligung stets mit Sicherheitsinteressen, vor allem mit der Abwehr terroristischer Aktivitäten, die das eigene Land bedrohen könnten. Der Schutz von Menschenrechten und die Stabilisierung einer legitimierten Ordnung werden auch oft erwähnt. Als ein eher neues Motiv für Interventionen kann gelten, dass auf diese Weise Flüchtlingsbewegungen verhindert werden sollen. Eher selten bis gar nicht genannt wird, dass die Interveniehenden ihre eigene politische Macht in einer Region ausbauen wollen, dass sie Interessen an der Extraktion von Rohstoffen in der Region haben und die Transportwege von Gütern sichern wollen.

Die USA sind als Akteur weiterhin in zahlreichen Kriegen und Krisen, so in Afrika und Westasien⁵ aktiv. Auch als Waffenlieferant, beispielsweise an Saudi-Arabien, ist die Bedeutung der USA hoch einzuschätzen. Sie sind aber nicht mehr oder kaum mehr in der Lage, in das Kriegsgeschehen regulierend einzugreifen. Obwohl die USA über eine überlegene Militärmacht verfügen, haben die Kriege in Afghanistan und Irak offengelegt, wie gering ihre Durchsetzungsmacht ist. Tod und Zerstörung haben diese Kriege gezeitigt – mehr nicht. Der Einfluss der USA ist in vielen Teilen der Welt zurückgegangen. Diese Entwicklung wurde unter der Präsidentschaft von Obama eingeleitet, der im Januar 2012 erklärte, dass die USA zukünftig ihre Präsenz in Asien und im Pazifik stärken würden (Obama 2012a). Bereits damals wollten sie sich aus Kriegs- und Krisengebieten zurückziehen und ihre Verbündeten zwingen, mehr militärisches Engagement zu zeigen. Unter der Präsidentschaft Trump hat sich der Ton verschärft und durch die abrupten Umsetzungen der Handlungsdruck auf die europäischen Staaten erhöht. Beim Verlust an Durchsetzungsmacht des Hegemon USA erwächst, wie an den Geschehnissen

4 Sie werden von der AKUF als Antiregimekrieg definiert. Sie zielen auf den Sturz der Regierenden oder gar auf die Veränderung des politischen Systems, möglicherweise auch auf die des gesellschaftlichen Systems (AKUF 2000: 60).

5 Zur den hier verwendeten geografischen Begrifflichkeiten vgl. Khanna 2020: 10.

in Nordsyrien zu erkennen ist, nicht automatisch ein Mehr an Gerechtigkeit, Freiheit, Gleichheit und Frieden. Auch zukünftig wird wohl beim Abstieg der USA keine Freude aufkommen.

Einerseits ist die zu beobachtende Regionalisierung der Kriege und Krisen lediglich das Ergebnis einer angemesseneren Beobachtung der komplexen Kriegs- und Krisengeschehnisse auf der Welt. Andererseits kann man auch feststellen, dass es eine Reihe von Staaten gibt, die heute machtvoller jenseits ihrer Staatsgrenzen auftreten, weil sie beispielsweise über atomare Waffen verfügen. Ihre Chancen, Einfluss auf die Geschehnisse zu nehmen, sind zugleich gestiegen, weil der militärische Hegemon USA geschwächt ist. Das einseitige Setzen der USA auf den Erhalt der militärischen Dominanz schwächt schon lange auch ihre ökonomische Stellung. So fehlen die Milliarden US-Dollar, die für Kriege und Rüstung ausgegeben wurden, für die Instandhaltung und den Ausbau der Infrastruktur in den USA. Bereits der damalige US-Präsident Obama verkündete anlässlich eines Truppenabzuges aus Afghanistan, dass sich die USA keine weiteren kostspieligen Militärinterventionen mehr leisten können. Die massiven ökonomischen Probleme des Landes verlangten eine andere Politik: »Amerika, es ist Zeit, dass wir uns auf den nationalen Aufbau im eigenen Land konzentrieren« (Obama 2012b, Übers.: J.W.).

Auch die EU-Staaten bilden heute einen überregionalen Machtfaktor. Aber sie bilden keinen homogenen Machtblock. Aus der Perspektive der Europäischen Union (EU) wie der NATO dürfte es beunruhigend sein, dass ihre Mitgliedsstaaten auf verschiedenen Seiten für Kriegsgegner Partei ergreifen.

In Libyen stehen sich als Kriegsparteien ein Warlord und eine international anerkannte Übergangsregierung gegenüber. Beide Seiten werden von verschiedenen Anrainerstaaten, aber auch von Staaten unterstützt, deren Außengrenzen zum Teil Tausende Kilometer entfernt von Libyen liegen. So erhob Frankreich im Juli 2020 gegenüber der Türkei den Vorwurf, sie würde trotz des von den UN verhängten Waffenembargos ihre militärische Präsenz in Libyen verstärken »und massiv dschihadistische Kämpfer aus Syrien«, so der französische Präsident Macron, einschleusen (zit. nach Gutschker/Wiegel 2020). Die Türkei stützt damit die Regierungstruppen, während diese wiederum Frankreich beschuldigen, das Land würde die andere Kriegspartei, die des ehemaligen Armeeeoffiziers Haftars, mit Waffen und Logistik ausstatten, für den auch Ägypten, Russland und die Vereinigten Arabischen Emiraten wiederholt als Verbündete genannt werden. Italien und Malta gelten ebenso wie Marokko und Tunesien eher als Verbündete der Übergangsregierung.

In Nordsyrien ist mit dem NATO-Staat Türkei ein Kriegsakteur zu nennen, der die Interessen von EU-Staaten an einer regionalen Stabilisierung untergräbt. Und dass es zwischen den NATO-Staaten Türkei und Griechenland im-

mer wieder zu Spannungen kommt, ist zwar keine Neuigkeit. Neu dagegen ist, dass Frankreich deutlich zugunsten Griechenlands Partei ergreift und zusammen mit Ägypten und Israel gegen die Türkei vorgeht, die versucht, Gasvorkommen im östlichen Mittelmeer zu erkunden und später auszubeuten.

Der in Bedrängnis geratene Hegemon USA übt Druck auf seine Verbündeten aus. Das Motto der Regierung Trump »America First« erklärt im Kern, dass nur noch Verbündete akzeptiert werden, die die Vorherrschaft der USA auch auf ihre eigenen Kosten hinnehmen. Ökonomisch sind die USA ins Hintertreffen geraten. Durch die forcierte Ausbeutung der letzten einheimischen fossilen Brennstoffe (Stichwort Fracking) versuchen sie ihre ökonomische Position zu verbessern. Sie wollen gegenüber dem Weltmarkt autark werden und gleichzeitig ihre Dominanz auf diesem behaupten. Doch gibt es Konkurrenz, die die gleichen Produkte billiger anbieten kann. Hier hilft nur politischer Druck, und genau diesen kann man beim Streit um die Fertigstellung der Pipeline Nord Stream II beobachten. Ganz abgesehen davon, ob die hohen Investitionskosten angesichts des geplanten Ausstiegs aus der fossilen Energiewirtschaft sinnvoll sind, geht es bei dem Streit zwischen den USA und der Bundesrepublik um die Frage, woher Deutschland in den kommenden Jahren Erdgas beziehen wird.

Wie sind die komplexen Geschehnisse außerhalb der Bundesrepublik, außerhalb der EU zu bewerten? Die Stimmen, die in der gewachsenen ökonomischen Bedeutung Chinas und anderer Staaten in Ost- und Südostasien einen positiven, hoffnungsvollen Prozess sehen, der auf die ganz Welt ausstrahlen würde (hierfür steht der Analyst Parag Khanna) sind in der Minderheit. Mehrheitlich, zumindest in der Bundesrepublik, sind eher Stimmen wie die von Herfried Münkler und Hans-Dieter Heumann (2020) zu hören. Sie gehen von einer bedrohlich wirkenden multipolaren Weltordnung aus. Der Westen habe sich in zwei Teile aufspalten, »in einen US-amerikanischen und europäischen Teil« (so Münkler 2020: 9) und die Bundesrepublik müsse mit ihren Verbündeten noch beweisen, inwieweit sie außenpolitisch handlungsfähig ist (siehe Heumann 2020: 174f.). Im Folgenden soll der Frage nach der geopolitischen Positionierung Deutschlands nachgegangen werden.

Zur geopolitischen Positionierung der Bundesrepublik

Die Frage, welche Außen- und Militärpolitik der deutsche Staat betreiben soll, gehört zu den Gründungsfragen des Vereinigungsprozesses der Jahre 1990/1991. Der Angriff des Iraks auf Kuwait fiel in diese Zeit. Unstrittig war innerhalb der politischen Klasse, dass sich Deutschland an dem Krieg beteiligen sollte. Doch auf welche Weise? In seiner ersten Regierungserklärung

als Kanzler des vereinigten Deutschlands erklärte Helmut Kohl, das Kabinett habe am Vortag beschlossen, den USA 5,5 Milliarden Deutsche Mark zu überweisen. Er wies weiter darauf hin, dass Truppen zum Schutz der Türkei entsendet würden.⁶ Vor allem die erhebliche finanzielle Unterstützung zog viel Aufmerksamkeit auf sich und sollte Gegenstand der Kritik im In- und Ausland sein. Eine derartige »Scheckheftdiplomatie« wurde seitdem in dieser Form nicht mehr praktiziert.

1990 sprachen sich in einer Allensbach-Umfrage nur 31 Prozent der Befragten dafür aus, dass Deutschland mehr Verantwortung in der Welt übernehmen solle. Dies sollte sich in den darauffolgenden Jahren – vor dem Hintergrund des Zweiten Golfkrieges, der Sezessionskämpfe in Jugoslawien und einer Vielzahl weiterer Kriege – ändern. Die Formulierung »mehr Verantwortung für die Welt«, zielte auf die Beteiligung mit Soldaten an den Kriegen und Konflikten ab. In den 1990er-Jahren wurden immer wieder steigende Zustimmungsraten für die Position eines stärkeren militärischen Engagements der Bundesrepublik erhoben (siehe Asmus 1995; Hellmann/Enskat 2004). Spätestens vor dem Hintergrund des Dritten Golfkrieges (2003) sank die Zahl der BefürworterInnen aber wieder. Eine Untersuchung des Allensbacher Instituts für Demoskopie kam 2016 zu dem Ergebnis, dass abgesehen von humanitären Hilfemaßnahmen gegenüber »allen anderen Maßnahmen [...] weitaus mehr Vorbehalte [bestehen]. Immerhin knapp die Hälfte der Bevölkerung unterstützt den Einsatz von Bundeswehrsoldaten bei einer UNO-Friedenstruppe, 44 Prozent Sanktionen, um Konfliktparteien unter Druck zu setzen. Schon das Entsenden von Militärberatern wird jedoch nur noch von 36 Prozent unterstützt, die Teilnahme an NATO-Einsätzen in Krisengebieten von 27 Prozent. Noch weniger unterstützt die Bevölkerung direkte Hilfen für Konfliktparteien, seien sie finanziell oder militärisch.« (IfD 2016: 6) Dies wird im Wesentlichen darauf zurückgeführt, dass die Auslandseinsätze als erfolglos angesehen werden (ebd.: 8). Es handelt sich keinesfalls um eine pazifistische Haltung – so galt der militärische Schutz von Handelswegen, z.B. gegen Piraten, für über 50 Prozent der Befragten als legitim. In einer neueren Umfrage vom Dezember 2019 stellt das Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr (ZMSBw) fest, dass die Zustimmung zum Einsatz in Afghanistan weiterhin gering ist (ZMSBw 2019: 174, 181) und viele BürgerInnen keine Kenntnisse von den meisten Interventionen haben (ebd.: 179). Kampfeinsätze der Bundeswehr werden zwar nur von 27 Prozent der Befragten uneingeschränkt befürwortet (ebd.: 43), gleichzeitig diagnostiziert das Institut aber deutliche Mehrheiten für Bundeswehreinätze, zum Bei-

6 Siehe Regierungserklärung vom 30.1.1991 (Deutscher Bundestag 1991: 68).

spiel um die Versorgung mit Rohstoffen sicherzustellen, um Bündnispartner zu verteidigen und die »Lage in Krisenregionen zu stabilisieren« (ebd.: 167).

Andere Einschätzungen lassen sich bei den Eliten der Bundesrepublik finden. In einer Umfrage unter Führungskräften Ende 1995 stimmten diese mehrheitlich für einen deutschen Truppeneinsatz bei verschiedenen Kriegsszenarios. Die Zustimmung war bei »friedenserhaltenden Einsätzen« mit 93 Prozent am höchsten und erreicht bei der »Durchsetzung eines Wirtschaftsembargos gegen einen Aggressor« immerhin auch noch 59 Prozent (siehe Asmus 1996: 11). Die Haltung der (politischen) Eliten ist für die Außenpolitik eines Landes besonders wichtig. Denn im Gegensatz zu den allermeisten BürgerInnen beschäftigen sich die Eliten in Wirtschaft, Verwaltung und Politik häufig mit außenpolitischen Themen und verbinden mit ihnen auch unmittelbare Interessen. Es ist deshalb auch kein Zufall, dass sich die oben benannte Haltung schnell in regierungsoffiziellen Publikationen niederschlug. Dies zeigt ein Blick in das Weißbuch der Bundeswehr in verschiedenen Jahren. Hier steht 1985, dass die Bundeswehr als »Armee im Bündnis konzipiert« und »kein Instrument zur selbstständigen Machtentfaltung der Bundesrepublik« sei (BMVg 1985: 73). Im nächsten Weißbuch von 1994 kann man bereits anderes lesen: Deutschland falle »die Chance zu, ein mitbestimmender Faktor für Frieden und Fortschritt in Europa und in der Staatengemeinschaft zu werden«. Weiter heißt es, Deutschland »muss sich seiner gewachsenen Verantwortung stellen.« (BMVg 1994: 24) »Deutschland ist aufgrund seiner Interessen, seiner internationalen Verflechtungen und Verpflichtungen vom gesamten Risikospektrum betroffen. [...] Dabei muss stets das ganze Spektrum möglicher Maßnahmen betrachtet werden, die für dieses übergeordnete Ziel getroffen werden können. [...] Im Rahmen einer ursachenorientierten Politik zur Krisen- und Konfliktlösung kann auch der Einsatz militärischer Mittel erforderlich werden, um Gewalt oder Krieg zu verhindern, einzugrenzen oder zu beenden.« (BMVg 1994: 39)

Die Betonung eigener »deutscher Interessen« zeigte eine neue Einstellung in der Ausrichtung der Zwecksetzung des Militärs an. Der Einsatz der Streitkräfte galt nun sehr wohl auch als Mittel der eigenständigen Machtentfaltung der Bundesrepublik. Allerdings sollte dies weiterhin im Rahmen von Bündnisverpflichtungen stattfinden. »Deutschland hat die Lehren aus der Geschichte gezogen und wird daher die Politik der aktiven Integration und breiten internationalen Kooperation fortsetzen.« (BMVg 1994: 42) Man kann die neue Position zusammenfassen in der Zielsetzung, dass man beabsichtigte, nicht ein »Zahlmeister« von Kriegen zu sein, der selber keinen Einfluss auf die Art und Weise des militärischen Engagements und damit auf den Kriegsverlauf hat, weil er selber keine Truppen stellt. Verbunden war

und ist mit dem angestrebten militärischen Engagement die Hoffnung, innerhalb der NATO sowie innerhalb der UN, eine gewichtigere Rolle spielen zu können. Letzteres gipfelte in dem forcierten Versuch unter der rot-grünen Regierung Schröder, einen ständigen Sitz mit Vetorecht im UN-Sicherheitsrat zu erhalten.

Im Hinblick auf militärische Aufträge für die Bundeswehr wurde das Weißbuch von 1994 nicht sonderlich konkret. Da zum Zeitpunkt seiner Veröffentlichung noch eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts ausstand, ob Auslandseinsätze jenseits des Verteidigungsfalles des bundesdeutschen Territoriums überhaupt verfassungskonform seien, blieb dies späteren Weißbüchern vorbehalten. Im Weißbuch 2006 wird noch stärker als zwölf Jahre zuvor von Interessen gesprochen. Neu gegenüber dem Weißbuch von 1994 war die Betonung des Interesses Deutschlands an »einem offenen Welthandelssystem und freien Transportwegen.« (BMVg 2006: 19)⁷ Neu war auch die Einstufung des »Internationalen Terrorismus« als Bedrohung der Sicherheit Deutschlands. Im Weißbuch 2016 wurde dieses Bedrohungsszenario weiter ergänzt. Neben dem inzwischen zum transnationalen mutierten Terrorismus werden als »Herausforderung für die deutsche Sicherheitspolitik«, nun Gefahren aus dem »Cyber- und Informationsraum« und der Klimawandel (BMVg 2016: 34-46) erwähnt. Die Ausführungen zur Migration wurden deutlich verschärft, denn »unkontrollierte und irreguläre Migration« stelle ein Gefährdungspotenzial Europas und Deutschlands dar.⁸ Letztlich sind in den Weißbüchern jeweils aktualisierte Einschätzungen zur Bedrohungslage zu finden, aber im Kern bestätigen sie die bereits in den 1990er-Jahren eingeschlagene Richtung, dass die Bundeswehr auch weit jenseits des bundesdeutschen Territoriums eingesetzt werden müsse. Nicht geändert hat sich die Einschätzung, dass die Bundeswehreinätze im Verbund mit Bündnispartnern erfolgen sollen. Im Weißbuch 2016 fällt auf, dass geradezu alles in »bi- und multilateralen Partnerschaften und Ad-hoc-Kooperationen« (insbesondere BMVg 2016: 80f.) umgesetzt werden soll. Hier deutet sich ein Problem an. Darauf wird noch einzugehen sein.

Bereits vor 1991 hat es Auslandseinsätze der Bundeswehr gegeben. Bei diesen handelte es sich ausschließlich um sogenannte humanitäre Einsätze. Es waren jeweils nur wenige Truppenteile an ihnen beteiligt und sie waren noch am bedeutsamsten für die Luftwaffe, die auf diese Weise Erfahrung für

7 Ganz neu war dies freilich nicht: In einem Papier des damaligen Verteidigungsministers Rühle aus dem Jahr 1992, den Verteidigungspolitischen Richtlinien, wurde »vom ungehinderten Zugang zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt« (BMVg 1992: 4) gesprochen.

8 Die Thematik »Pandemie und Seuchen« ist bereits im Weißbuch 2006 zu finden, wird aber in der Fassung von 2016 noch ausführlicher behandelt.

den Flugbetrieb über weite Strecken erwarb (siehe Merziger 2018). Dass in den darauffolgenden Jahren Auslandseinsätze mit dem Bild des Brunnenbohrens verbunden wurden, lag an dem bis dahin umfangreichsten Einsatz der Bundeswehr im Ausland, in Somalia von 1993 bis 1994. Auch bei diesem Einsatz handelte es sich um eine UN-Mission, doch während die Bundeswehr-Truppen vor allem mit dem Bohren von Brunnen und der Verteilung von Wasser und Nahrungsmitteln beschäftigt waren, gelang es nicht, das Land mit Waffengewalt zu befrieden. Deshalb wurden die UN-Truppen 1994 abgezogen. Bei diesem Einsatz tötete ein Soldat der Bundeswehr erstmals einen Menschen im Ausland.⁹ Seit dieser Zeit ist kein Jahr vergangen, in dem Bundeswehr-SoldatInnen nicht für Militärinterventionen ins Ausland entsandt wurden. Im Verlauf der Interventionen kamen alle Teilstreitkräfte, wenn auch auf je spezifische Weise, zum Einsatz. Es sollte sich auch nicht mehr ausschließlich um UN-Missionen handeln. Vielmehr nahm die Bundeswehr an vielen unterschiedlichen Formen militärischer Interventionen im Ausland teil. Sie war auch am ersten Kriegeinsatz der NATO 1999 beteiligt, für den es kein UN-Mandat gab, und der sich gegen die jugoslawische Armee richtete.

Ende 2001 begann für die Bundeswehr ihr bislang personalintensivster Auslandseinsatz. Die Bundeswehr-Verbände sollten die gewählte Regierung Afghanistans unterstützen und für Sicherheit und Frieden im Lande sorgen. Bis zu 100 Soldaten des Verbandes Kommando Spezialkräfte unterstützten obendrein bis 2008 die dortigen US-Streitkräfte bei ihren sogenannten Anti-Terror-Operationen (Seiffert/Langer/Pietsch 2012: 11f.). In Afghanistan traf die Bundeswehr auf Gegner, die diese wiederholt attackierte. Über Jahre hinweg wurden die entsandten Truppenkontingente immer größer. Es wurden SoldatInnen durch Anschläge getötet und die Einheiten waren einige Male in Gefechte verwickelt. Für die SoldatInnen bedeutete der Einsatz in Afghanistan-Einsatz, in einer bedrohlichen Umgebung zu leben, die sie in einem hohen Ausmaß mit Elend und Not konfrontierte, was im bundesrepublikanischen Alltag kaum vermittelbar ist. Von Frieden war und ist in Afghanistan nicht viel zu sehen. Nach Angaben der Bundeswehr starben hier 59 Soldaten, davon 35 durch »Fremdwirkung«. Seit Beginn des Einsatzes klagten die SoldatInnen über die Belastungen, denen sie ausgesetzt waren, und über mangelnde Anerkennung durch die Politik. Ungeeignete Bewaffnung, zu wenig Ausrüstung, die Verschleierung der Einsatz-Verhältnisse in Afghanistan und der Umgang des Verteidigungsministeriums mit traumatisierten SoldatInnen, all dies führte zu einer massiv verschlechterten Stimmung in der Trup-

9 Ein Wachsoldat erschoss einen 20jährigen unbewaffneten Somali, der nachts in ein Treibstofflager eingedrungen war (Deutscher Bundestag 1994)

pe. Obendrein wurde vom Sozialwissenschaftlichen Institut der Bundeswehr festgestellt, dass sich die »Erfahrungswelten im Einsatz und am Heimatstandort weiter auseinander entwickeln.« (Seifert 2012: 97) Das Verhältnis vieler Militärangehörigen zur politischen Führung gilt seitdem zumindest als angespannt. Die Vorkommnisse, bei denen Soldaten das politische System in toto in Frage stellen und sogar Sympathie für den Nationalsozialismus bekundeten, sind auch vor diesem Hintergrund zu verstehen.

Von 1992 bis zum April 2018 wurden über 418.000 SoldatInnen, davon mehr als 18.000 Frauen, zu 54 Auslandsmissionen abkommandiert.¹⁰ Der damalige Wehrbeauftragte Hans-Peter Bartels kommt für das Jahr 2019 auf 17.500 SoldatInnen, die von Auslandsmissionen beansprucht wurden.¹¹ In keinem Fall hatten sie unmittelbare Kampfaufträge, sondern waren vor allem in den Bereichen Logistik, Instandhaltung sowie See- und Flugüberwachung tätig. Weitere SoldatInnen hatten die Aufgabe, Soldaten anderer Staaten auszubilden, insbesondere die größten Einsatzkontingente in Afghanistan und Mali.

Mit dem Ukraine-Krieg und dem Krim-Konflikt (2014) haben Auslandsstationierungen von Bundeswehr-SoldatInnen in Osteuropa an Bedeutung gewonnen. So wurden im Rahmen der sogenannten erweiterten Vornepräsenz der NATO in Litauen rund 500 SoldatInnen stationiert. Hinzukommen noch Abkommandierungen für Übungen, die in Polen und anderen osteuropäischen NATO-Staaten durchgeführt werden.

Das Verhältnis EU – Bundesrepublik

Die Bundeswehr wurde in den 1990er-Jahren ein Mittel der Außenpolitik, um die Stellung der Bundesrepublik auf internationaler Ebene, wie bei den UN, der EU und auch der NATO zu verbessern. Sicher kann man darüber streiten, ob und wenn ja, welche Auslandseinsätze sinnvoll waren, und welche als erfolgreich zu beurteilen sind. Das Ziel eines außenpolitischen Positionsgewinns durch eine Militarisierung der Außenpolitik dürfte auf jeden Fall als erreicht gelten.

In den vergangenen 30 Jahren wurden keine militärischen Alleingänge unternommen. Die Entscheidungen zugunsten von Militärinterventionen erfolgten stets zusammen mit anderen Bündnispartnern. Es handelte sich um

10 Auch hier gilt: die SoldatInnen, die mehrfach an Einsätzen teilgenommen haben, wurden auch mehrfach gezählt (Deutscher Bundestag 2018).

11 In dieser Zahl sind auch Einsätze enthalten, die nicht als vom Bundestag mandatierete Missionen gelten, und über die das Parlament allenfalls Berichte erhält. Die Zahl dieser Einsätze ist Teil der Klage des Berichts des Wehrbeauftragten (Bericht des Wehrbeauftragten 2019).

Einzelfallentscheidungen. Ihnen lag kein Masterplan zugrunde. Ein solcher ist auch nicht in den Weißbüchern und in anderen offiziellen Papieren zu finden. Die Prozesse lassen sich als *patchworking* beschreiben, mit denen auf äußere Anlässe reagiert wurde, die wiederum gerade bei den umstrittenen Interventionen zu komplizierten Abstimmungsvorgängen mit Bündnispartnern führten. Mitunter wirkten die Akteure deshalb auch eher wie von äußeren Umständen Getriebene, denn als souverän Entscheidende.

Gleichzeitig sind generelle strategische Überlegungen bei den jeweiligen Regierungen zu erkennen. Für die 1990er-Jahre lässt sich das Ziel ausmachen, durch eine Militarisierung der Außenpolitik innerhalb des westlichen Bündnisses eine stärkere Position zu erlangen. Dies hieß damals, vor allem mit den USA und in Folge auch mit den anderen westlichen Staaten mehr auf Augenhöhe verhandeln zu können. Die weltumfassende Kriegsführung der USA in verschiedenen Staaten, die im Irak und Afghanistan den Tod Hunderttausender und umfassendes Leid hervorgerufen hat, sowie ihr aggressives Vorgehen gegen den Iran führten verstärkt zu einer Außenpolitik, die darauf setzt, dass die EU eine eigenständigere Rolle gegenüber den USA einnehmen kann. Dies setzte und setzt voraus, dass zwischen den EU-Staaten gemeinsame Interessen formuliert werden können, die sie aber nicht unbedingt haben. Außenpolitische Interessensunterschiede sind in der Vergangenheit nicht nur zwischen den USA und der Bundesrepublik offen zu Tage getreten, massiv etwa bei der Weigerung der Bundesregierung unter Gerhard Schröder, sich 2003 mit der Bundeswehr direkt am Krieg gegen den Irak zu beteiligen.¹² Interessensunterschiede zwischen den EU-Staaten und innerhalb der NATO traten 2011 darüber auf, ob NATO-Truppen bzw. Soldaten von EU-Staaten militärisch zugunsten aufständischer Milizen gegen das Regime Gaddafis intervenieren sollen. Die Regierung unter Angela Merkel enthielt sich 2011 im UN-Sicherheitsrat, als über ein entsprechendes Mandat entschieden wurde, und entsandte keine Truppen nach Libyen. Frankreich dagegen trat als treibende Kraft für die Intervention zugunsten der Milizen auf und stellte neben den USA den größten Teil der Interventionsstreitmacht.

Bemühungen innerhalb der EU, eine gegenüber den USA eigenständigere Außenpolitik auch mit militärischen Mitteln zu betreiben, sind älter als der Amtsantritt der Administration Trump 2017. Sie setzten in der zweiten Dekade des 21. Jahrhunderts ein, als die US-Regierung unter Obama sich dafür entschied, sich zukünftig stärker dem Pazifik und Asien zuzuwenden.

12 Gleichwohl wurde die sogenannte Koalition der Willigen bei ihrer Kriegsführung in vielerlei Hinsicht von der Bundesrepublik unterstützt. So konnten die USA von ihren deutschen Basen aus den Krieg vorbereiten und durchführen.

Die EU formulierte 2016 eine »Globale Strategie für die Außen- und Sicherheitspolitik« (EUGS). Aufgrund dieses Papiers konnte man damals noch zu dem Schluss kommen, dass »sich Europa sehr viel enger als zuvor an die Nato [bindet] und [in] [...] in der Allianz seine eigentlichen Verteidigungsanstrengungen« konzentriert (Bendiek 2016: 4). In der Zusammenfassung einer Fortschreibung dieses Papiers im Jahr 2019 kann man inzwischen eine andere Schwerpunktsetzung herauslesen. Dabei ist neu, dass die EU als Globalplayer empfohlen wird, der sich mit anderen globalen Mächten auf gleicher Augenhöhe engagieren könne (Auswärtiger Dienst der EU 2019: 29). Von einem Bruch mit der NATO ist zwar nicht die Rede, aber die Betonung der Eigenständigkeit ist auffällig.

Auf unterschiedlichen Ebenen wird spätestens seit 2017 verstärkt für eine solche Eigenständigkeit der EU-Außenpolitik gegenüber den USA geworben. So berichtete die Bonner Akademie für Forschung und Lehre praktischer Politik (BAPP)¹³ 2018 in einer Publikation von einem Fachgespräch *Strategische Diplomatie*. Europa, so das Fazit, bleibe »nichts anderes übrig [...], als sich weiter zu einem handlungsfähigen Akteur in der multipolaren Welt zu entwickeln und seine Beziehungen vor allem zu den USA, zu China und zu Russland teilweise neu auszurichten. Deutschland und Frankreich müssen hierbei eine führende Rolle spielen.« (BAPP 2018: 29) Erwartet wird, dass die Aufspaltung des Westens in die EU-Staaten und in die USA von Dauer sein wird (siehe hierzu auch Heumann 2020: 48f.). Das Selbstverständnis der Strategischen Diplomatie ist, dass sie »die politischen Kräfte im Innern eines Staates von den nationalen Interessen überzeugen, hierbei auch manchmal in Führung gehen (muss).« (Ebd.: 32f.) In diesem Sinne kann man auch einen Artikel verstehen, der vom Staatssekretär Martin Jäger in der FAZ am 4.9.2020 veröffentlicht wurde. Jäger erklärt, dass mit dem absehbaren Abzug der US-Truppen aus Afghanistan, die »Ära amerikanisch geführter Interventionen« enden würde. Wie das Beispiel Syrien zeige, hätten die Folgen des US-Rückzuges in Syrien verhindert werden können, wenn der Westen, also die europäischen Staaten mit ihrem Militär, präsent gewesen wären. Es gälte Deutschland interventionsfähig zu machen: »Zur Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit, zum Schutz eines Partnerlandes und unserer Handelswege.« In diesen Zusammenhang wird vor allem die Militärintervention Frankreichs in der Sahelzone erwähnt, der sich Deutschland anschließen sollte.

13 Die BAPP ist ein Think Tank, der sich ausdrücklich an Unternehmen und Organisationen wendet, »die ihre Mitarbeiter praxisnah weiterbilden möchten«, um sie »auf eine spätere berufliche Tätigkeit in Wirtschaft, Medien, Politik oder Verwaltung« (BAPP 2020) vorzubereiten. Ihr Auftrag ist also, die Elite in Verwaltung, Wirtschaft und Politik mitzuprägen.

Die syrischen KurdInnen und ihre Verbündeten wären 2019 sicherlich froh gewesen, wenn eine EU-Streitmacht dafür gesorgt hätte, dass sie nicht gleichzeitig von den Truppen des Assad-Regimes sowie dem türkischen Militär und den mit ihm verbündeten Milizen in die Zange genommen worden wurden. Vergessen wird über diesem Umstand, dass die US-Politik auch in dieser Region als gescheitert eingestuft werden muss. Vergessen wird, dass eine EU-Außenpolitik, die lediglich versucht, die Machtpolitik der USA mit ihren eigenen Mitteln zu imitieren, genauso wie diese scheitern wird. Dies wird am Beispiel der Militärintervention in Mali deutlich. Frankreich setzte 2013, mit Zustimmung des UN-Sicherheitsrates, seine Streitkräfte in Mali gegen die von Norden kommenden Rebellen ein, die dabei waren, ganz Mali zu erobern. Die französischen Truppen stoppten die Offensive der Rebellen und eroberten zusammen mit den malischen Regierungstruppen alle bedeutenden Städte und Dörfer zurück. Derzeit setzt Frankreich in der gesamten Region, also noch in weiteren vier Staaten, Truppen »zur Terrorbekämpfung« ein. In Mali versuchen derzeit verschiedene militärische Missionen die staatlichen Verhältnisse zu stabilisieren. Auch zahlreiche afrikanische Staaten sind mit Truppen vor Ort. Das umfangreichste Truppenkontingent untersteht den UN im Rahmen einer Friedensmission (MINUSMA). Sie gilt als die verlustreichste Mission der UN seit dem Korea-Krieg von 1950-1953. Auch die Bundeswehr ist in Mali im Einsatz und bildet im Rahmen der MINUSMA und einer EU-geführten Mission malische Soldaten aus. All diesen Bemühungen haftet freilich die Aura der Vergeblichkeit an. Seit acht Jahren sollen die verschiedensten Interventionstruppen für Frieden sorgen. Der Unmut der Bevölkerung mit der Regierung ist seitdem gewachsen, da sie die Sicherheitslage nicht verbessern konnte und als korrupt galt. Die im Land stationierten ausländischen Streitkräfte wurden zunehmend abgelehnt. Vor diesem Hintergrund putschten Einheiten des malischen Militärs und übernahmen die Regierungsverantwortung. Große Teile der Bevölkerung begrüßten jubelnd den Putsch, der von der Bundesregierung offiziell abgelehnt und das Ausbildungsprogramm ausgesetzt wurde. In der Wochenzeitung Die Zeit wird im August 2020 Verständnis für den Putsch signalisiert. Die Bundesregierung habe über die Korruption hinweggesehen, weil der in Mali regierende Präsident als Verbündeter gegen den Terror galt, aber deren Regierung habe »mehr Schaden als Nutzen angerichtet« (Die Zeit 2020).

Noch einmal anders: Eine Außenpolitik, die im Grunde lediglich den Status quo erhalten will, die meint, die EU, genauer ein Militärbündnis, in dem vor allem Frankreich und Deutschland seine Streitkräfte einbringen, könnte zu einem Globalplayer werden, der den Rückzug der USA in Nordafrika und Westasien kompensieren könnte, verleugnet wesentliche Gründe für das

Scheitern der US-Hegemonie. Sicherheitspolitik, die sich als Stabilitätspolitik versteht, ignoriert allzusehr die Gründe für die Instabilitäten. Sie läuft stets auf ein Bündnis mit den regionalen Eliten hinaus, die für die Fortsetzung des Status quo stehen. In den *failed states* sind es vor allem diese Eliten, die einerseits von der staatlichen Desintegration bedroht und zugleich durch ihre Politik selber mitverantwortlich für diese Prozesse sind.¹⁴ Die kleptokratischen Eliten zerstören Entwicklungspotentiale in den jeweiligen Ländern ebenso wie die EU, die etwa mit ihren Agrarprodukten die einheimischen Märkte überschwemmt.

In den vergangenen drei Jahrzehnten haben pazifistische und auch antimilitaristische Kritiken die Militarisierung der bundesdeutschen Außenpolitik nicht verhindern können. Ab den 2000er-Jahren zog nur noch der Militäreinsatz in Afghanistan eine gewisse öffentliche Aufmerksamkeit auf sich. Selbst wenn die Zustimmung zu diesem Einsatz über lange Zeit eher gering war und ist, sah sich keine Bundesregierung zum Abzug aus innenpolitischen Erwägungen gezwungen. Erst der absehbare Abzug der US-Streitkräfte wird die Truppenstationierung der Bundeswehr in Afghanistan beenden.

In einer Umfrage vertritt eine Mehrheit der bundesrepublikanischen Bevölkerung »insgesamt [eine] wohlwollende Meinung [...] zur europäischen Verteidigungszusammenarbeit.« (ZMSBw 2019: 62). Würde eine EU-Armee im Ausland etwa einen als terroristisch eingestuften Gegner bekämpfen, so kann man aus der gleichen Umfrage schließen, dann wäre mit einer mehrheitlichen Zustimmung zu rechnen. Ebenso könnte das Argument, anderen Regionalmächten wie der Türkei, möglicherweise aber auch Russland, politische Räume nicht einfach zu überlassen, auf Mehrheiten stoßen. Dass selbst eine Mehrheit der WählerInnen der Partei Die Linke einer Militärintervention zugunsten der syrischen DRS begrüßt hätte, dafür gibt es Hinweise in der gleichen Umfrage (ebd.: 41, 45, 102). Zweifellos sind, Meinungsbilder nicht mit Abstimmungen im Bundestag gleichzusetzen, und sie können sich im Verlauf einer Militärintervention auch wieder ändern, zumal diese sich nicht unbedingt so entwickeln müssen, wie sie anfangs geplant waren.

Die Beteiligung Deutschlands an Militärinterventionen wird in der Öffentlichkeit derzeit unter dem Label *Verantwortung für den Frieden* erörtert. Neben dem Kriegsgeschehen wird auch immer wieder auf instabile Staaten, auf Elend und Not hingewiesen, die Menschen in den betroffenen Regionen zur Flucht treiben. In einer Studie des Münchner Instituts vom Oktober 2020

14 Neben Jordanien und dem Irak werden vor allem das Militär und die Polizei afrikanischer Staaten im Rahmen der Ertüchtigungsinitiative unterstützt (Bundesministerium für Verteidigung/Auswärtiges Amt 2019)

wird festgestellt, dass von den AnhängerInnen der Union 50 Prozent, der FDP über 60 Prozent und der AfD 74 Prozent der Meinung sind, dass Deutschland aufgrund seiner Geschichte keine größere Verantwortung als andere Staaten für den Frieden in der Welt habe (Bunde u.a. 2020: 108f.). Diejenigen, die andere Parteien, von der SPD bis hin zur Linken präferieren, treten in ihrer Mehrheit für eine größere Verantwortung ein. Mehrheitlich bevorzugen sie dabei den Einsatz von diplomatischen und zivilen Mitteln (ebd.: 113). In den letzten zehn Jahren hat die Bundesrepublik ihre Ausgaben in diesem Bereich erheblich gesteigert. So wurden im Jahr 2019 zwölfmal so viel Beiträge an das UNHCR angewiesen als 2010 (ebd.: 76). Kritisch sehen die Autoren der Studie vor allem den trotz der jüngsten Erhöhungen immer noch als zu gering erachteten Militäretat Deutschlands. Sie plädieren für eine viel stärkere Aufrüstung und für einen gesteigerten militärischen Einsatz der Bundeswehr, weil es nun maßgeblich darauf ankomme, dass Deutschland unter den europäischen Bündnisstaaten, neben Frankreich, zu einer Führungsmacht werde. Damit die Zustimmung in der Bevölkerung für diese Politik steige, wird in der Studie dafür geworben, dass »noch regelmäßiger, intensiver und ehrlicher über Außen- und Sicherheitspolitik« (ebd.: 138) diskutiert werde. »Ehrlicher« meint hier, vor allem auf die Notwendigkeit des Einsatzes von Waffengewalt hinzuweisen.

Welche Positionen kann man zu diesem Ansinnen einnehmen? Die Schwächung der US-Hegemonie, die gleichzeitige Stärkung von Akteuren, die für Unterdrückung und Entrechtung stehen, die schrecklichen Verhältnisse in vielen Regionen auch im Nahbereich der EU, sprechen aus friedenspolitischer, demokratischer und menschenrechtlicher Perspektive nicht dafür, diese Verhältnisse zu ignorieren. Sie sprechen auch nicht für eine nationale bzw. nationalistische Positionierung Deutschlands. Aus innen- wie außenpolitischen, aus soziokulturellen wie ökonomischen Gründen ist nur eine Handlungsperspektive sinnvoll, die das Bündnis mit europäischen Partnern sucht. Dies gilt sowohl auf der Ebene der Staaten als auch auf der Ebene von sozialen und politischen Bewegungen. Friedenspolitik ist nur jenseits nationaler Befindlichkeiten möglich.

Eine glaubwürdige Perspektive kann ein solches Bündnis allerdings nur entwickeln, wenn es ihm gelingt, einen Entwicklungspfad zu beschreiten, in dem die übrige Welt nicht nur als Extraktionsobjekt vorkommt, sondern tatsächlich innerhalb wie außerhalb des Bündnisses für Menschenrechte und demokratische Fortschritte eintritt. »Statt in die Defensive zu gehen und Zäune zu bauen, sollten wir alles daran setzen, aktiv in das Geschehen um uns her wie innerhalb des Kontinents selbst einzugreifen und gestaltend mitzuwirken.« (Wertheimer 2020: 518)

Wer *failed states* verhindern will und Fluchtgründe minimieren möchte, sollte nicht mit kleptokratischen Eliten paktieren und die Interessen der Extraktionsökonomie in den Mittelpunkt seiner Überlegung stellen. Ein guter Anfang wäre es, die dort lebenden Menschen nicht als bloße Objekte wahrzunehmen. Es müssten in diese Regionen Ressourcen transferiert werden, um ihre Lebensqualität zu verbessern, und nicht nur eine Extraktion von Rohstoffen stattfinden bzw. die Regionen als bloße Absatzmärkte für EU-Produkte angesehen werden. Nur dies würde Menschen, die dort von Wohlstand und Frieden ausgeschlossen leben müssen, die keine Hoffnung haben, dass sich ihre Lebensverhältnisse verbessern werden und sogar befürchten müssen, dass sich ihre Lage weiter verschlechtert, motivieren, nicht ihr Land zu verlassen.

Ob Europa dazu fähig ist? Besser wäre es!

Literatur

- AKUF (2000): Das Kriegsgeschehen 2019. Opladen. URL: <https://www.wiso.uni-hamburg.de/>, Zugriff: 24.8.2020.
- AKUF-Presserklärung (2019): 2019 weltweit 27 bewaffnete Konflikte – Afrika am stärksten betroffen. URL: <https://www.wiso.uni-hamburg.de/> (19.12.2019), Zugriff: 24.8.2020.
- Asmus, Ronald D. (1995): Germany's Geopolitical Maturation. Public Opinion and Security Policy. Santa Monica.
- (1996): Kein Kult der Zurückhaltung mehr. In: FAZ 11.4.1996: 11.
- Auswärtiger Dienst der EU (EEAS): The European Union's Global Strategy Three Years On, Looking Forward. URL: <https://eeas.europa.eu/>, Zugriff: 9.9.2020.
- Bald, Detlef (2005): Die Bundeswehr. Eine kritische Geschichte 1955-2005. München.
- BAPP (Bonner Akademie für Forschung und Lehre praktischer Politik) (2018): Strategische Diplomatie im 21. Jahrhundert. Bonn. URL: <http://www.bapp-bonn.de/>, Zugriff: 10.9.2020.
- Bendiek, Annegret: Die Globale Strategie für die Außen- und Sicherheitspolitik der EU. SWP-Aktuell 44. Berlin 2016. URL: swp-berlin.org/, Zugriff: 9.11.2020.
- Bericht des Wehrbeauftragten (2019): Unterrichtung durch den Wehrbeauftragten, Jahresbericht 2019 (61. Bericht). URL: <https://dipbt.bundestag.de/>, Zugriff: 7.9.2020.
- Bunde, Tobias / Hartmann, Laura / Stärk, Franziska u.a. (2020): Zeitenwende | Wendezeiten. Sonderausgabe des Munich Security Report (Münchener Sicherheitskonferenz). München. Zugriff: 2.10.2020. DOI: <https://doi.org/10.47342/YSUC7634>.
- Bundesministerium für Verteidigung / Auswärtiges Amt (Hg.) (2019): Die Ertüchtigungsinitiative der Bundesregierung. Bonn.
- Bundesministerium für Verteidigung (BMVg) (1985): Weißbuch der Bundeswehr. Bonn.
- (1992): Verteidigungspolitische Richtlinien. Bonn.
 - (1994): Weißbuch der Bundeswehr. Bonn.
 - (2016): Weißbuch der Bundeswehr. Berlin.
- Bundesministerium für Verteidigung / Auswärtiges Amt (Hg.) (2019): Die Ertüchtigungsinitiative der Bundesregierung. Bonn.
- Bundeswehr (2020): Todesfälle in der Bundeswehr. URL: <https://www.bundeswehr.de/>, Zugriff 7.9.2020.
- Deutscher Bundestag (Hg.) 1991: Stenografischer Bericht 12/5. 5. Sitzung. URL: dipbt.bundestag.de/doc/btp/12/12006.pdf. Zugriff: 31.8.2020.

- (1994): Kleine Anfrage an die Bundesregierung, 8.3.1994. URL: <https://dipbt.bundestag.de/>, Zugriff: 3.9.2020.
 - (2018): Kleine Anfrage an die Bundesregierung, 16.4.2018. URL: <https://dipbt.bundestag.de/>, Zugriff: 11.9.2020.
- Issio Ehrlich: In Mali hat das Militär geputscht. In: Die Zeit (2020), Nr. 36, 27.8.2020.
- Gutschker, Thomas / Wiegel, Michaela: Kurz vor dem Feuerbefehl. In: FAZ, 3.7.2020.
- Hellmann, Gunther / Enskat, Sebastian (2004): Umfragedaten zu deutscher Außenpolitik und Deutschlands Rolle in der Welt seit 1990. Eine Dokumentation. URL: <https://www.fb03.uni-frankfurt.de/>, Zugriff: 10.9.2020.
- Heumann, Hans-Dieter (2020): Strategische Diplomatie. Paderborn.
- IfD (Institut für Demoskopie – Allensbach) (2016): Die außenpolitische Agenda der Bevölkerung in einem Umfeld von Krisen und Konflikten (Berichte für das Bundespresseamt). Allensbach. UR: <https://www.ssoar.info>, Zugriff: 2.9.2020.
- Jäger, Martin (2020): Deutschland sollte interventionsfähig sein. In: FAZ, 4.9.2020.
- Khanna, Parak (2020): Unsere asiatische Zukunft. Berlin.
- Köhler, Horst (2010): »Sie leisten wirklich Großartiges unter schwierigsten Bedingungen«. URL: <https://www.deutschlandradio.de>, Zugriff: 2.9.2020.
- Luttwak, Edward N. (2003): Strategie. Lüneburg.
- Mann, Michael (2004): Die ohnmächtige Supermacht. Frankfurt/M.
- Merziger, Patrick (2018): Out of Area. Humanitäre Hilfe der Bundeswehr im Ausland (1959–1991). In: Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History, 15(1): 40–67. URL: <https://zeithistorische-forschungen.de/>, Zugriff: 3.9.2020.
- Münkler, Herfried (2020): Zum Geleit. In: Heumann, Hans-Dieter (2020): Strategische Diplomatie. Paderborn: 7–12.
- nbcnews (2019): Chaos in Syria, Washington after Trump call with Erdogan unleashed Turkish military. URL: <https://www.nbcnews.com/>, Zugriff: 22.8.2020.
- Obama (2012a): Remarks by the President on the Defense Strategic Review. Rede am 12.1.2012. URL: <https://obamawhitehouse.archives.gov>, Zugriff: 27.8.2020.
- (2012b): Remarks by the President on the Way Forward in Afghanistan. Rede am 22.6.2012. URL: <https://obamawhitehouse.archives.gov/>, Zugriff: 14.9.2020.
- Polk, William R. (2009): Aufstand. Hamburg.
- Seiffert, Anja (2012): »Generation Einsatz« – Einsatzrealitäten, Selbstverständnis und Organisation. In: Seiffert, Anja / Langer, Phil C. / Pietsch, Carsten (Hg.): Der Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan. Wiesbaden: 79–100.
- / Langer, Phil C. / Pietsch, Carsten (2012): Einführung. In: Dies. (Hg.): Der Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan. Wiesbaden: 11–22.
- SIPRI: Yearbook 2020. URL: <https://www.sipri.org/>, Zugriff: 23.8.2020.
- The Dallas Morning News (2017): The other 9/11: George H.W. Bush’s Speech 1990 New World Order Speech, 8.9.2017, www.dallasnews.com. Zugriff: 15.10.2020.
- Timmermann-Levanas, Andreas / Richter, Andrea (2010): Die reden. Wir sterben. Frankfurt/M.
- Wertheimer, Jürgen (2020): Europa. Eine Geschichte seiner Kulturen. Berlin.
- Widmann, Marc (2020): Wie fair ist China. In: Die Zeit Nr. 35, 20.8.2020: 19.
- ZMSBw (Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr) (Hg.) (2019): Sicherheits- und verteidigungspolitisches Meinungsbild in der Bundesrepublik Deutschland. Forschungsbericht 122. Potsdam.